

in Geduld vorzunehmen. Wir wollen keine „Bilderstürmer“ sein. Nur so erfüllen wir den heute uns fordernden Willen Gottes.

In einer bemerkenswerten Untersuchung über: „Die Deutschen und ihre öffentliche Meinung“ stellt Fred Luchsinger, der Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ fest: „Die öffentliche Kritik der Intellektuellen in der Bundesrepublik trägt meistens eher doktrinaire als pragmatische Züge, und sie läuft bisweilen Gefahr, im Pendelschlag von einem Extrem zum andern die Mitte zu verfehlen, die nun einmal in der Demokratie der bevorzugte Ort der Politik, das heißt des Kompromisses, des Ausgleichs ist; sie urteilt von außen, etwa von einer extremen moralischen Position her, verliert aber die Beziehung zur Sache . . ., sondern präsentiert dauernd eine Art Ibsenscher ‚idealer Forderung‘, verfehlt damit die Wirklichkeit und begibt sich der Wirkung.“⁸ Zu einem ähnlichen Urteil wird man, natürlich dem anderen Gegenstand entsprechend, in abgewandelter Weise bei der Lektüre des Buches: „Kirche und Zukunft“, kommen. Die zu beobachtende Parallelität der Kritik der Intellektuellen in der Welt und in der Kirche ist bemerkenswert und bezeichnend.

ZEITBERICHT

Die Ereignisse in Süd-Vietnam – Puerto Rico – Rückgang der Ordensberufe in Österreich – Ordensschwestern in Frankreich

Die Ereignisse in Süd-Vietnam

Am 8. Mai dieses Jahres demonstrierten 9000 Anhänger des Buddhismus vor dem Rundfunkgebäude in Hué, der alten Hauptstadt von Annam, und noch heute Kulturzentrum des jetzigen Staates Süd-Vietnam. Sie hatten diesen Tag, Buddhas Geburtstag, gewählt, um gegen eine Regierungsverordnung zu protestieren, die alle Arten religiöser Fahnen auf der Straße verbot. Nur mehr die Nationalflagge sollte erlaubt sein. Im Verlauf der Demonstration wurden neun Personen getötet. Niemand glaubte die offizielle Version, ein nord-vietnamesischer Terrorist hätte eine Handgranate geworfen. Allgemein wurde behauptet, Soldaten oder Polizei hätten geschossen. Später hieß es, die Opfer seien von Panzerwagen niedergefahren worden. Die buddhistischen

⁸ *Neue Zürcher Zeitung*, 1963, Nr. 163.

Führer kündigten einen Hungerstreik an und verbreiteten eine Proklamation, in der sie die Zurücknahme des Fahnenverbotes verlangten, ferner für die Buddhisten die gleichen Privilegien, wie sie die katholischen Missionen besäßen, und eine entsprechende Entschädigung für die Familien der Opfer des 8. Mai.

Am 15. Mai empfing der Präsident Ngo Dinh Diem eine Delegation der buddhistischen Autoritäten. Er machte Zugeständnisse in der Fahnenfrage und versprach Entschädigung für die Opfer des 8. Mai sowie Untersuchung der Schuldfrage. Aber die Buddhisten waren nicht zufrieden. Die Spannung bestand weiter.

Am 4. Juni wurden bei einer neuen Demonstration in Huë 66 Personen verletzt. Am 11. Juni ereignete sich die Selbstverbrennung des buddhistischen Mönches Tchich Quang Duc auf öffentlichem Platz in Saigon, ausdrücklich als Protest gegen die Religionspolitik des Präsidenten. Solche Selbst-Opferungen, wie sie in alter Zeit häufiger vorkamen, gelten im Buddhismus als höchst verdienstliche Handlungen. Das grausige Ereignis machte auf der ganzen Welt Eindruck.

Am 16. Juni kam es zu einer Art Übereinkommen zwischen dem Präsidenten und den buddhistischen Autoritäten, auf Grund der Besprechungen vom 15. Mai. Aber am Tag darauf ereignete sich in Saigon ein Zusammenstoß zwischen Polizei und buddhistischen Demonstranten. Mehrere Personen, darunter 4 buddhistische Mönche, wurden verletzt, ein Junge wurde getötet.

Die leitenden buddhistischen Kreise suchten die religiöse Frage in Süd-Vietnam auf eine internationale Ebene zu stellen. Sie wiesen zwar Unterstützung von kommunistischer Seite zurück, aber der Staatschef von Kambodscha wandte sich in einer Zirkularnote an U. Thant, Kennedy, Macmillan, de Gaulle und den indischen Staatspräsidenten und forderte zu einer Intervention bei der Regierung von Saigon auf, „damit die Religionsverfolgung aufhöre“.

Am 15. Juli schrieb die „Buddhistische Vereinigung“ an den Präsidenten Diem, sie würden ihre „Demonstrationen ohne Gewalt“ wieder aufnehmen. Es sei zu befürchten, daß eine Terror-Kampagne gegen den Buddhismus bevorstehe. Am 16. Juli demonstrierten hundert buddhistische Mönche vor der amerikanischen Gesandtschaft. Einer hielt eine Rede, in der er zum Kampf gegen den Kommunismus aufforderte. Ein solcher Kampf sei aber unmöglich, wenn die buddhistische Religion verfolgt werde, da doch 85 % der vietnamesischen Soldaten Buddhisten seien. In den folgenden Tagen wurden noch weitere Demonstrationen von der Polizei zerstreut, und zwar, nach den Aussagen amerikanischer Journalisten, in „brutaler“ Weise.

So weit die bisherigen Ereignisse, in der Hauptsache nach Informations catholiques internationales n. 193 (1. Juni), n. 195 (1. Juli), n. 196 (15. Juli), n. 197/98 (August). Die Beurteilung wird dadurch erschwert, daß sich die Pressenachrichten mitunter widersprechen. Daher ist einstweilen Zurückhaltung geboten. Es ist immer bedauerlich, wenn irgendwo Polizei oder Militär auf harmlose Demonstranten schießt. Aber nicht das hat die Aufmerksamkeit der Weltpresse auf diese Vorgänge gelenkt, sondern der Umstand, daß der von den Buddhisten bekämpfte Präsident Ngo Dinh Diem Katholik ist. Sein Bruder, Mgr. Ngo Dinh Thuc ist seit 1960 Erzbischof von Huë (geb. 1897, zum Bischof geweiht 1938). Ngo Dinh Diem war es, der 1956 die staatliche Einheit von Süd-Vietnam zustande gebracht hat. Aber in einem Land von 14 Millionen, von denen fast 13 Millionen Buddhisten sind, sind die Schritte eines katholischen Präsidenten leicht der Mißdeutung ausgesetzt, auch wenn keine Fehler begangen werden, wie dies hier der Fall gewesen zu sein scheint. Für eine Entrüstungskampagne ist es noch zu früh. In der Presse sind schon die Worte „Spanien“ und „Religionskrieg“ gefallen. Damit müßte man warten, bis die Tatsachen und ihre Hintergründe klargestellt sind.

Dennoch darf man die Angelegenheit nicht leicht nehmen. Die in Hongkong erscheinende katholische Wochenschrift *The Sunday Examiner* bringt in der Nummer vom 19. Juli als Leitartikel unter der Überschrift „Unsere buddhistischen Brüder“ unter anderem folgende „Erwägungen zu

den Ereignissen in Süd-Vietnam“: „Was die Lage retten könnte, wäre eine Erklärung des katholischen Standpunktes, ein freimütiges Wort, daß die Katholiken die üble Behandlung der Buddhisten als die von Brüdern bedauern. Und wenn die Katholiken in Süd-Vietnam es klüger finden, dies nicht selbst zu tun, so wäre es Pflicht der katholischen Weltöffentlichkeit, den katholischen Standpunkt festzustellen. Die katholische Kirche kann nicht zugeben, daß in einer Zeit, wo die Päpste von Zusammenarbeit und Friede zwischen allen Menschen guten Willens reden, die Ungeschicklichkeiten einer Regierung, an deren Spitze ein Katholik steht, als Maßnahmen der katholischen Kirche erscheinen.“

Am 4. August hielt Papst Paul VI. eine allgemeine Audienz in St. Peter, bei der Pilger und Gruppen aus aller Welt zugegen waren, darunter auch eine Gruppe vietnamesischer Studenten aus französischen Universitäten. Der Papst ließ vor der allgemeinen Audienz diese jungen Leute zu einer besonderen Audienz in den Kleinen Thronsaal kommen und hielt ihnen dort in herzlichem Ton eine Ansprache auf Französisch, in der er von der Universalität der Kirche redete und von dem „Geheimnis der Einheit“, das man nirgends besser entdecken könne als in Rom. „Und diese Entdeckung wird um so wunderbarer sein, wenn sie Euch zeigt, wie diese Berufung zur geistigen Einheit ebenso Eurer edlen Nation gilt wie allen andern. Dazu gehört wesentlich, daß dabei die Eigenart, das ‚Genie‘ des berufenen Volkes nicht erstickt wird, im Gegenteil: die Kirche ehrt, fördert, heiligt diese Eigenart; sie will bewußt an diese Eigenart anknüpfen; sie will ihr die Kraft geben, sich zu entfalten zu kulturellen, sozialen, künstlerischen Formen, zu echter Menschlichkeit und Wohlfahrt.“

Diese Worte, vom *Osservatore Romano* sofort in französischer Sprache veröffentlicht, während von der allgemeinen Audienz nur eine kurze Inhaltsangabe gebracht wurde, werden von den vietnamesischen Katholiken sicher verstanden worden sein. Zugleich werden sie anerkennen müssen, daß selbst ein ostasiatischer Diplomat eine Ermahnung nicht in freundlicherer Form hätte geben können.

Puerto Rico

Porto Rico, 1493 von Christoph Columbus entdeckt und San Juan Bautista genannt, 1508 von Ponce de Léon in Puerto Rico umbenannt, war bis 1898 spanischer Besitz. Als Spanien den Krieg gegen die USA 1898 verlor, mußte es u. a. auch Puerto Rico an die Staaten abtreten.

Seither hat die Insel, die kulturell immer noch dem iberischen Kreis angehört, eine Entwicklung innerhalb der Vereinigten Staaten und damit der technischen Zivilisation eingeschlagen, die als Modellfall für die übrigen lateinamerikanischen Länder angesehen werden kann.

Schon rein bevölkerungsmäßig hat die Insel eine Zunahme von 250 % zu verzeichnen, die nicht so sehr Einwanderungen, sondern vielmehr den verbesserten medizinischen Verhältnissen zu danken sind. 1899 zählte die Insel 953 260 Einwohner, 61,8 % davon Weiße, überwiegend spanischer Herkunft, 38,2 % Farbige meist Neger und Mulatten; 1960 waren es 2,337 Millionen Einwohner, von denen 76,5 % zu den Weißen zu rechnen sind. Wie sehr sich die sanitären Verhältnisse gebessert haben, geht aus der Zahl der Ärzte hervor, die in Puerto Rico und in Spanien auf die Einwohner treffen. In Puerto Rico – einmal die am schlimmsten vernachlässigte spanische Kolonie – trifft ein Arzt auf 1129 Einwohner, in Spanien nur auf 8500.

Wichtiger noch ist der kulturelle Aufschwung der Insel, der eine Umschichtung der Bevölkerung zur Folge hat. 1898 waren 80 % der Portoricaner Analphabeten. 1960 nur noch 12 %. Während in Spanien ein Lehrer auf 3200 Einwohner trifft, ist das Verhältnis in Puerto Rico 1 : 1700.

Bis 1898 gab es zwei von der Kirche unterhaltene Kollegien, die sich aufs heftigste befahdeten.